

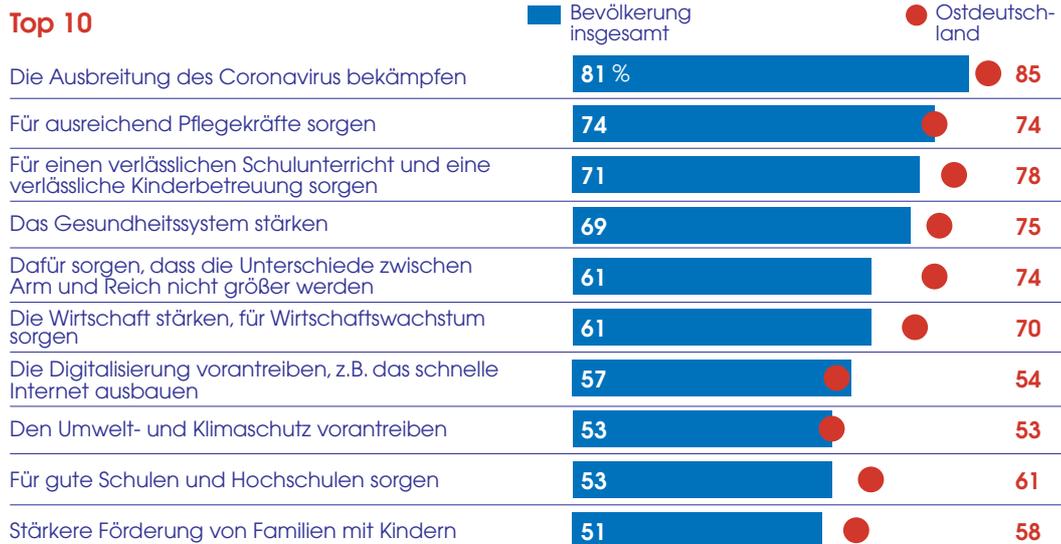
## **Soziale Marktwirtschaft – Bewährungsprobe in der Krise**

Corona bestimmt auch nach einem Jahr die aktuelle politische Agenda der Bürger. Sie erwarten von der Regierung vor allem die Eindämmung der Pandemie, die Stärkung des Gesundheitswesens und einen verlässlichen Schulunterricht und eine verlässliche Kinderbetreuung. 81 Prozent halten eine wirksame Bekämpfung der Pandemie für besonders wichtig, 69 Prozent die Stärkung des Gesundheitswesens, 71 Prozent verlässliche Schulen und Kinderbetreuung.

Gleichzeitig fordert die große Mehrheit politische Anstrengungen zur Stärkung der Wirtschaft, aber auch für sozialen Ausgleich. Beide Ziele rangieren gleichauf: Jeweils 61 Prozent der Bürger erwarten von der Politik, dass sie sich besonders für die Stärkung der Wirtschaft engagiert, aber auch dafür sorgt, dass die sozialen Schichten nicht weiter auseinanderdriften. Darüber hinaus misst die Mehrheit auch der Digitalisierung, dem Umwelt- und Klimaschutz, der Stärkung des Bildungssystems und der Förderung von Familien mit Kindern große Bedeutung bei.

## Die Krise prägt nach wie vor die politische Agenda der Bürger

Frage: "Hier auf der Liste stehen verschiedene politische Ziele. Welche halten Sie für besonders dringlich, worum sollte sich die Regierung besonders kümmern?"

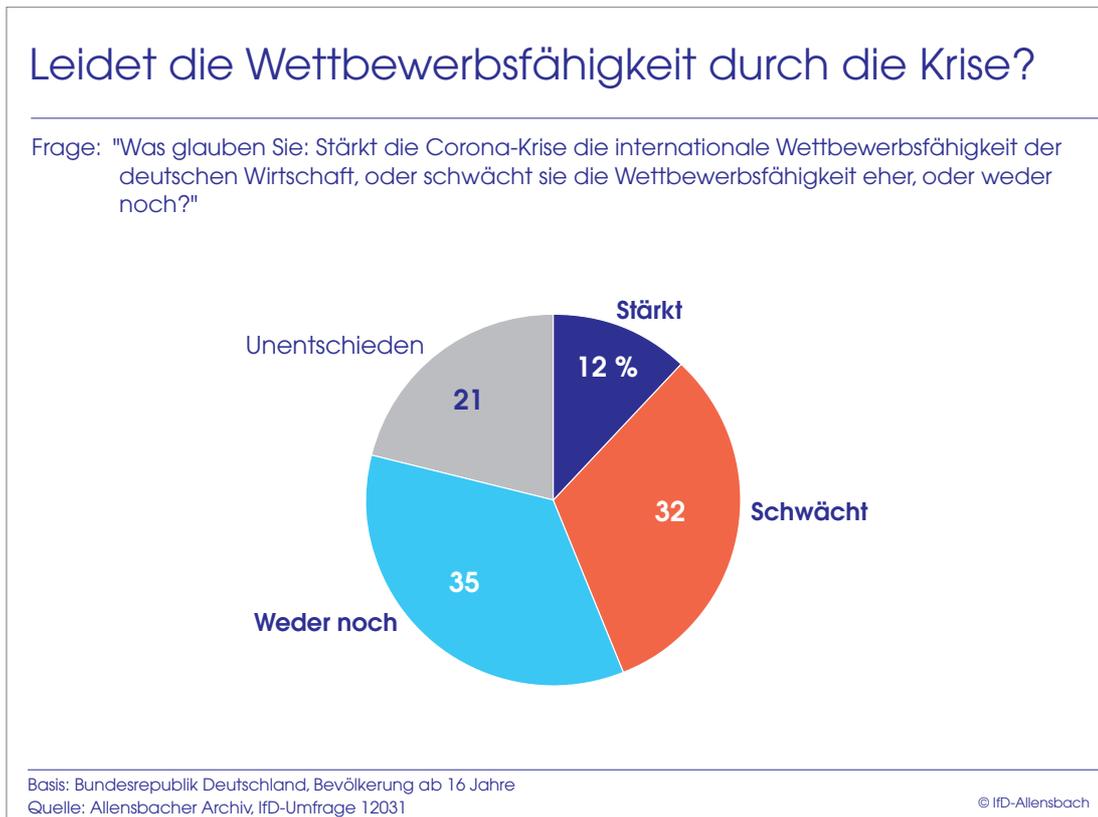


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

© IfD-Allensbach

Die Kollateralschäden der Krise werden den Bürgern immer mehr bewusst. Das gilt für die ökonomischen wie die sozialen Schäden. Die ökonomischen Perspektiven werden zurzeit von den Bürgern pessimistischer eingeschätzt als von der Wirtschaft selbst, den Forschungsinstituten und der Politik. Nur eine kleine Minderheit der Bürger rechnet für dieses Jahr mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung und einer allmählichen Normalisierung des Alltags. Jeder Dritte befürchtet sogar, dass die Krise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nachhaltig beschädigt. Nur 12 Prozent gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft sogar gestärkt aus dieser Krise hervorgehen wird, während die Mehrheit der Bürger hier keine gravierende Veränderung erwartet oder sich auch noch kein Urteil zutraut.

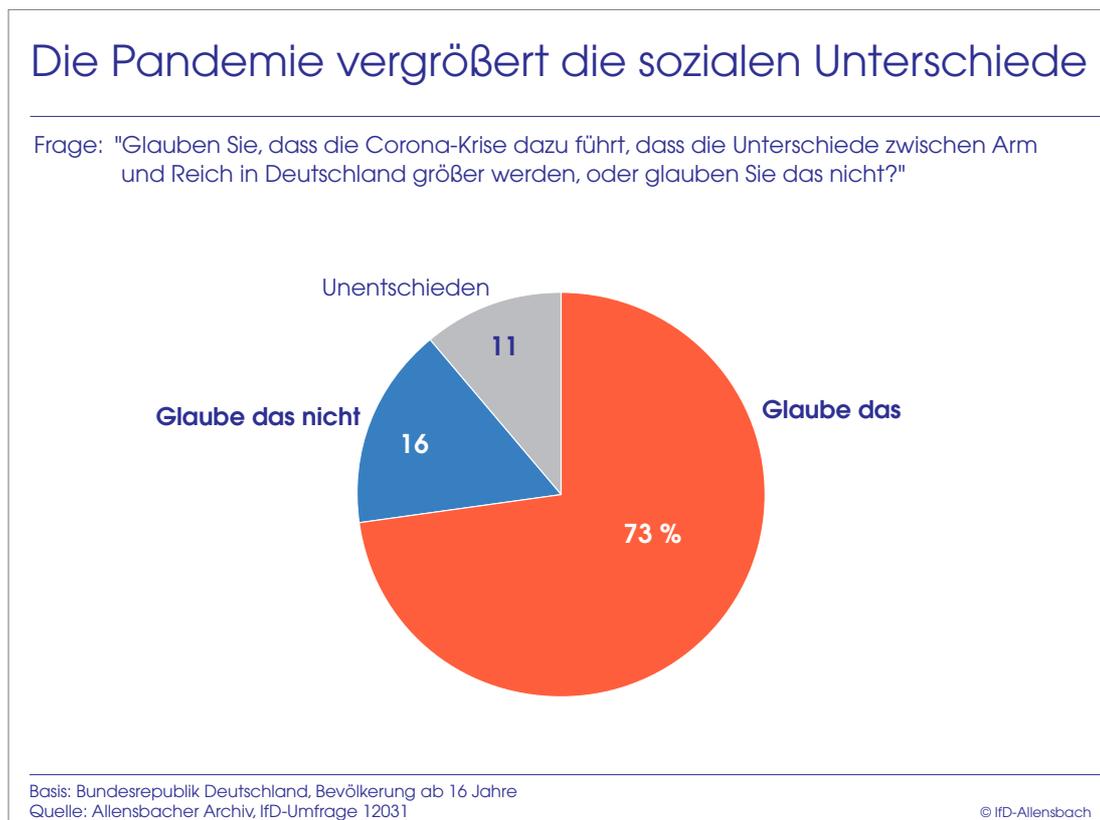
Schaubild 2



Eindeutiger ist das Meinungsbild in Bezug auf einen Teil der sozialen Kollateralschäden. So gehen 73 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass die Corona-Krise die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten vergrößert. Untersuchungen

zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte zeigen, dass sich die finanziellen Ressourcen in den sozialen Schichten seit Beginn der Krise tatsächlich auseinanderentwickelt haben. Das hat mit steigenden Vermögenseinkünften in den höheren Schichten zu tun, aber auch mit der überdurchschnittlichen Betroffenheit der schwächeren sozialen Schichten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

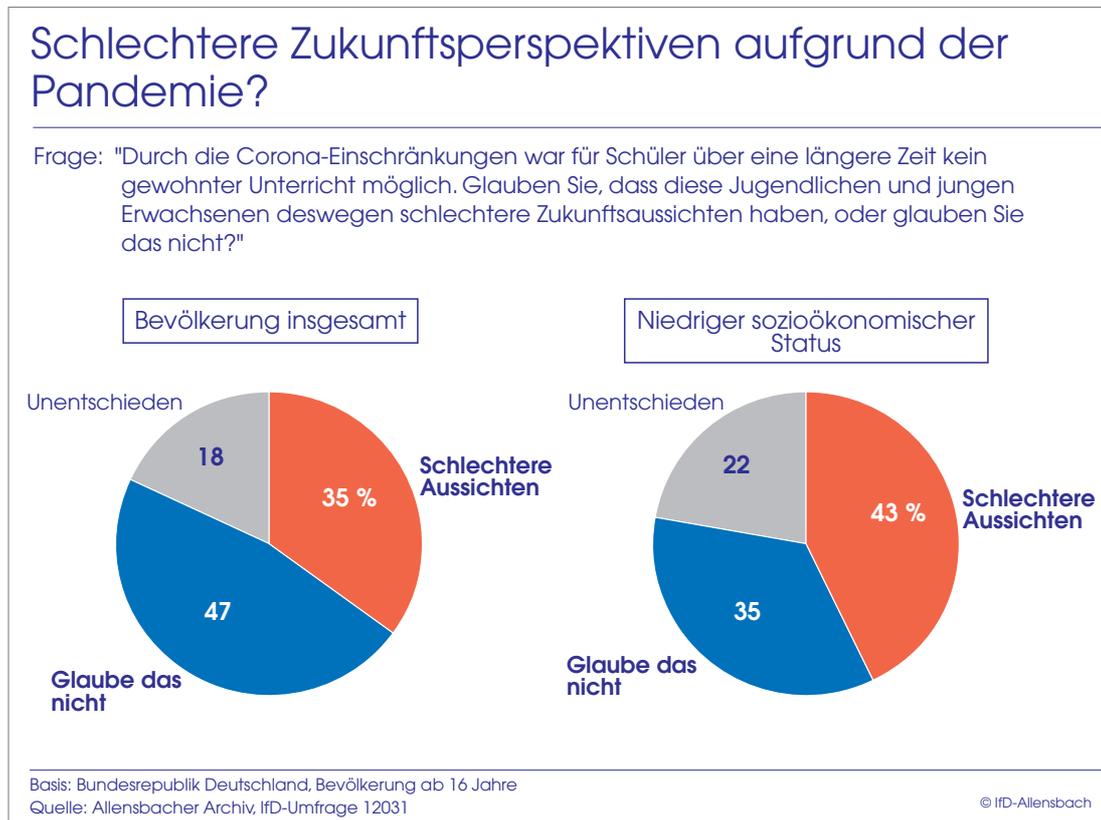
Schaubild 3



Zurzeit wird auch viel über die langfristigen Auswirkungen der Corona-Einschränkungen an den Schulen diskutiert. 35 Prozent befürchten, dass diese Einschränkungen langfristige gravierende Auswirkungen auf die Chancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben werden. Eine starke relative Mehrheit ist hier zwar optimistisch; dies gilt jedoch mehr für die höheren und mittleren sozialen Schichten. Die schwächeren sozialen Schichten machen sich überdurchschnittlich Sorgen, dass die Krise die Zukunftsperspektiven von Jugendlichen nachhaltig

beeinträchtigen wird. Davon sind 43 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten überzeugt, während nur 35 Prozent dagegenhalten.

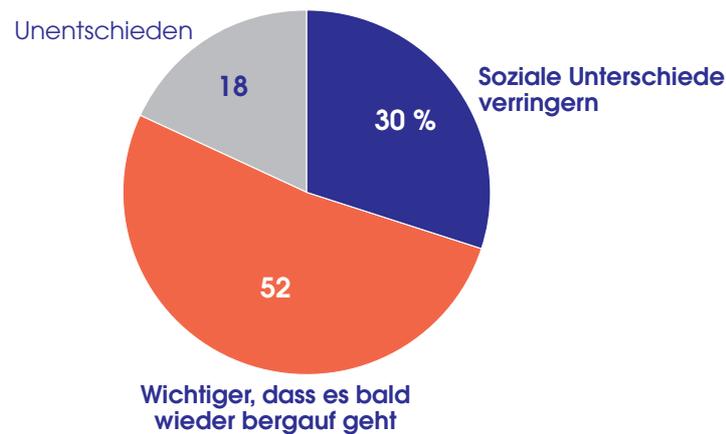
Schaubild 4



Auch wenn die überwältigende Mehrheit überzeugt ist, dass die sozialen Kollateralschäden der Krise enorm sind und dass die Pandemie die sozialen Unterschiede vergrößert, hat für die Bevölkerung für die nächsten Jahre die Stärkung der Wirtschaft Priorität. Wenn zur Diskussion gestellt wird, ob in nächster Zeit die Stärkung der Wirtschaft oder die Verringerung sozialer Unterschiede Priorität haben sollte, halten es 52 Prozent für wichtiger, die Wirtschaft zu stärken, während nur 30 Prozent der Verringerung sozialer Unterschiede Priorität einräumen. In dieser Priorisierung sind sich alle sozialen Schichten einig.

## Priorität für Erholung der Wirtschaft

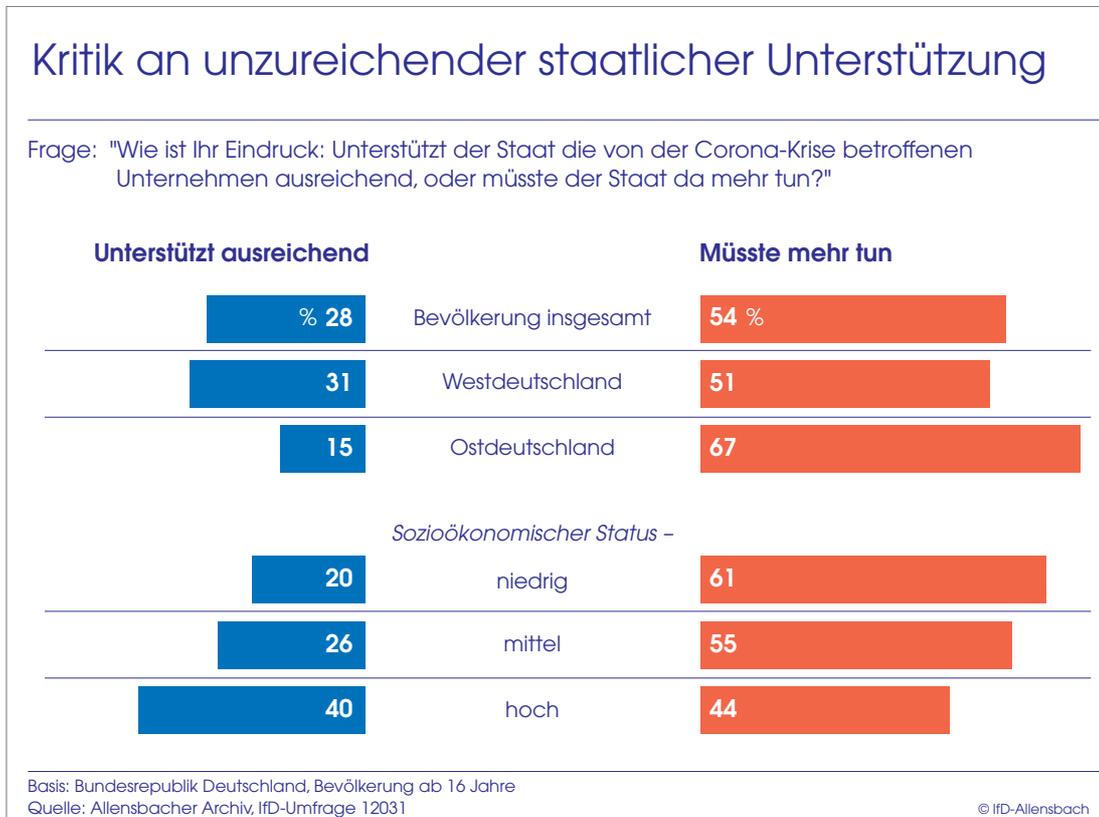
Frage: "Was meinen Sie: Muss man sich als Folge der Corona-Krise in den nächsten Jahren vor allem darum kümmern, die sozialen Unterschiede zu verringern, oder ist es wichtiger, dafür zu sorgen, dass es in Deutschland wirtschaftlich möglichst bald wieder bergauf geht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

© IfD-Allensbach

Die bisherigen politischen Anstrengungen, die wirtschaftlichen Schäden zu begrenzen, hält die Mehrheit der Bevölkerung für unzureichend. Nur 28 Prozent haben den Eindruck, dass der Staat die betroffenen Teile der Wirtschaft ausreichend unterstützt, 54 Prozent fordern hier verstärkte Anstrengungen. Überdurchschnittlich fordern die ostdeutsche Bevölkerung und die schwächeren sozialen Schichten ein verstärktes Engagement des Staates ein.

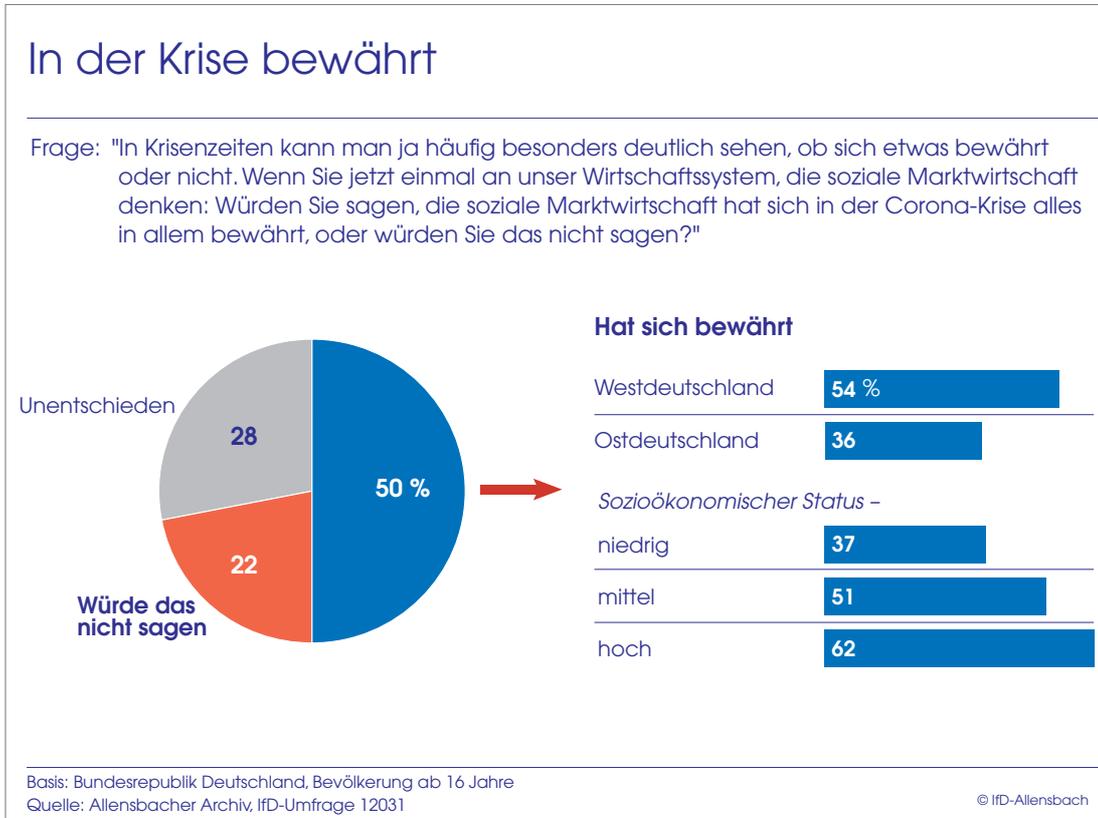


### Stabiler Rückhalt für die Marktwirtschaft in der Krise

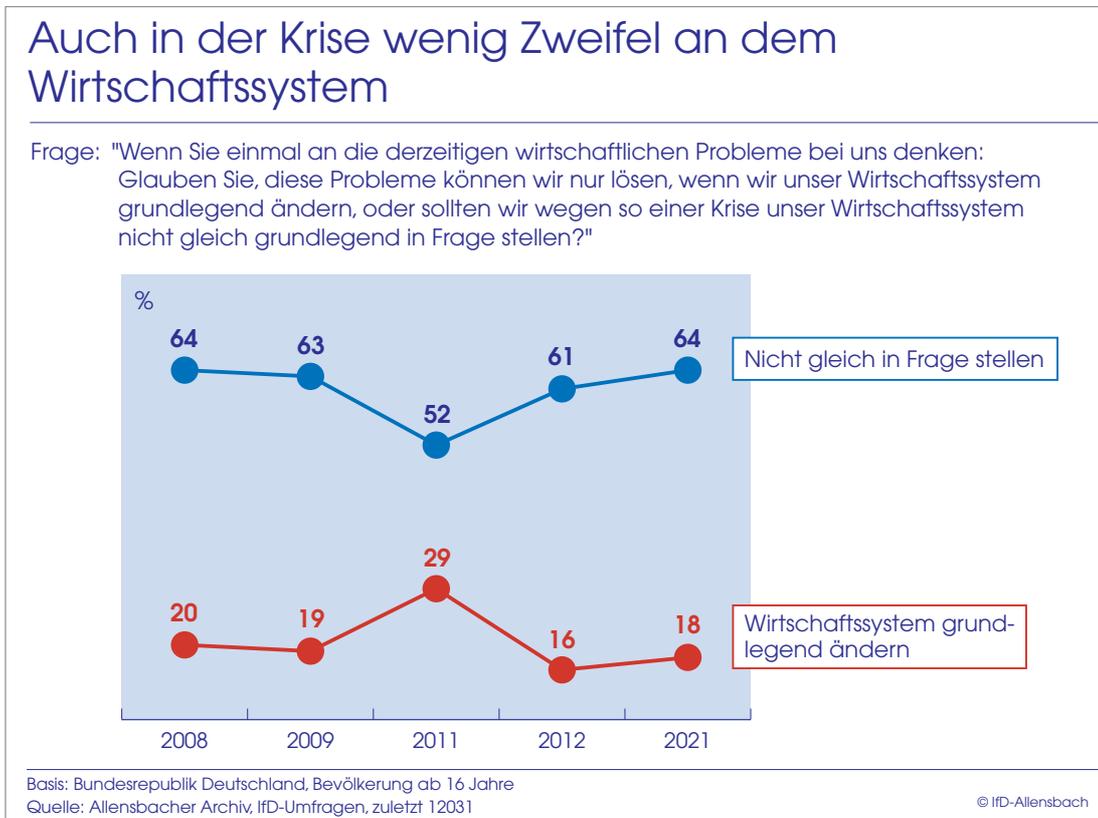
Die Akzeptanz eines Wirtschaftssystems hängt in hohem Maße von dem wirtschaftlichen Erfolg ab. Wenn es zu einer längerfristigen Wachstumsschwäche kommt und die Arbeitslosigkeit über längere Zeit hoch ist, erodiert die Akzeptanz. Dies war beispielsweise in Deutschland zwischen 2000 und 2008 zu beobachten. Kurzfristige wirtschaftliche Schocks vermindern dagegen das Vertrauen in der Regel nicht, können es sogar stabilisieren, wenn es gelingt, eine solche Krise rasch und erfolgreich zu bewältigen.

Die ökonomischen Kollateralschäden der Pandemie haben das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft bisher nicht erschüttert. 50 Prozent ziehen die Bilanz, dass sich die soziale Marktwirtschaft in der Corona-Krise alles in allem bewährt hat, nur 22 Prozent widersprechen hier. Bei dieser Bilanz gibt es allerdings gravierende Unterschiede, sowohl zwischen West- und Ostdeutschland wie auch zwischen den sozialen Schichten. Während in Westdeutschland die Mehrheit der sozialen Marktwirtschaft attestiert, dass sie sich in der Krise bewährt hat, stimmen hier nur 36 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung zu. Es ist keineswegs so, dass die ostdeutsche Bevölkerung hier mehrheitlich eine negative Bilanz zieht; vielmehr trauen sich hier viele, 37 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, kein Urteil zu. Nach wie vor steht die ostdeutsche Bevölkerung dem Wirtschaftssystem deutlich distanzierter gegenüber als die westdeutsche.

Aber auch die Bilanz der sozialen Schichten fällt bemerkenswert weit auseinander. Während von den höheren sozialen Schichten 62 Prozent überzeugt sind, dass sich das Wirtschaftssystem auch in der Krise bewährt hat, teilt die Hälfte der Mittelschicht und nur 37 Prozent der schwächeren sozialen Schichten diese Auffassung. Die Identifikation mit dem Wirtschaftssystem hängt generell auch damit zusammen, wie weit man persönlich von diesem System profitiert und mit der eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden ist.



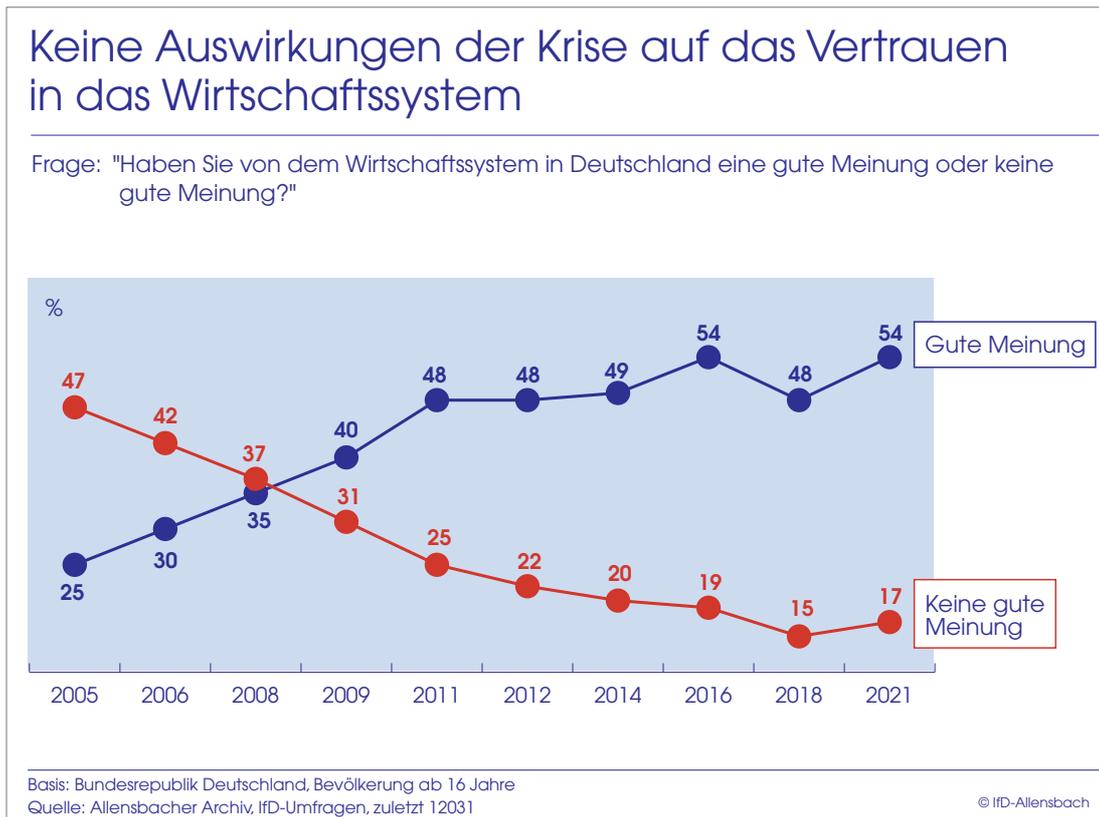
Die überwältigende Mehrheit der Bürger sieht angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme keinen Grund, die Systemfrage zu stellen. Nur 18 Prozent gehen davon aus, dass die aktuellen Probleme nur gelöst werden können, wenn das Wirtschaftssystem grundlegend geändert wird; 64 Prozent widersprechen und halten es nicht für sinnvoll, aufgrund der aktuellen Krise das Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Die Trendanalyse zeigt, dass im Allgemeinen stabil über 60 Prozent der Bevölkerung gegen eine Systemdebatte votieren; es gab allerdings eine Ausnahme: die Krise in der Euro-Zone 2011, die kurzfristig zu einer deutlichen Verunsicherung führte und zu einem Anstieg der Forderungen nach einer Systemdebatte.



In der Summe bewerten 54 Prozent das deutsche Wirtschaftssystem positiv, nur 17 Prozent negativ. Die Trendanalyse zeigt, dass der Rückhalt für das Wirtschaftssystem zurzeit auf einem Höhepunkt ist, der in den vergangenen Jahren nur einmal, nämlich 2016 erreicht wurde. In den Jahren zuvor lag die Akzeptanz teilweise auf einem deutlich niedrigeren Niveau, insbesondere in der Phase zwischen 2005 und 2009. In der Phase der Wachstumsschwäche vor 2005 hatten sich massive Zweifel an dem Wirtschaftssystem ausgebreitet; 2005 hatten nur noch 25 Prozent der Bevölkerung eine gute Meinung von dem deutschen Wirtschaftssystem, während sich 47 Prozent kritisch äußerten. Danach bildeten sich die kritischen Stimmen kontinuierlich zurück, während gegenläufig der Rückhalt für das Wirtschaftssystem kontinuierlich wuchs. Auch hier zeigt sich allerdings wieder ein Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland wie zwischen den sozioökonomischen Schichten. 57 Prozent der Westdeutschen, aber nur 40 Prozent der Ostdeutschen bewerten das deutsche Wirtschaftssystem positiv, 16 Prozent der Westdeutschen und 22 Prozent der

Ostdeutschen negativ. Wiederum bezieht ein auffallend hoher Anteil der ostdeutschen Bevölkerung bei dieser Frage nicht Position: 38 Prozent der Ostdeutschen sind in dieser Frage unentschieden.

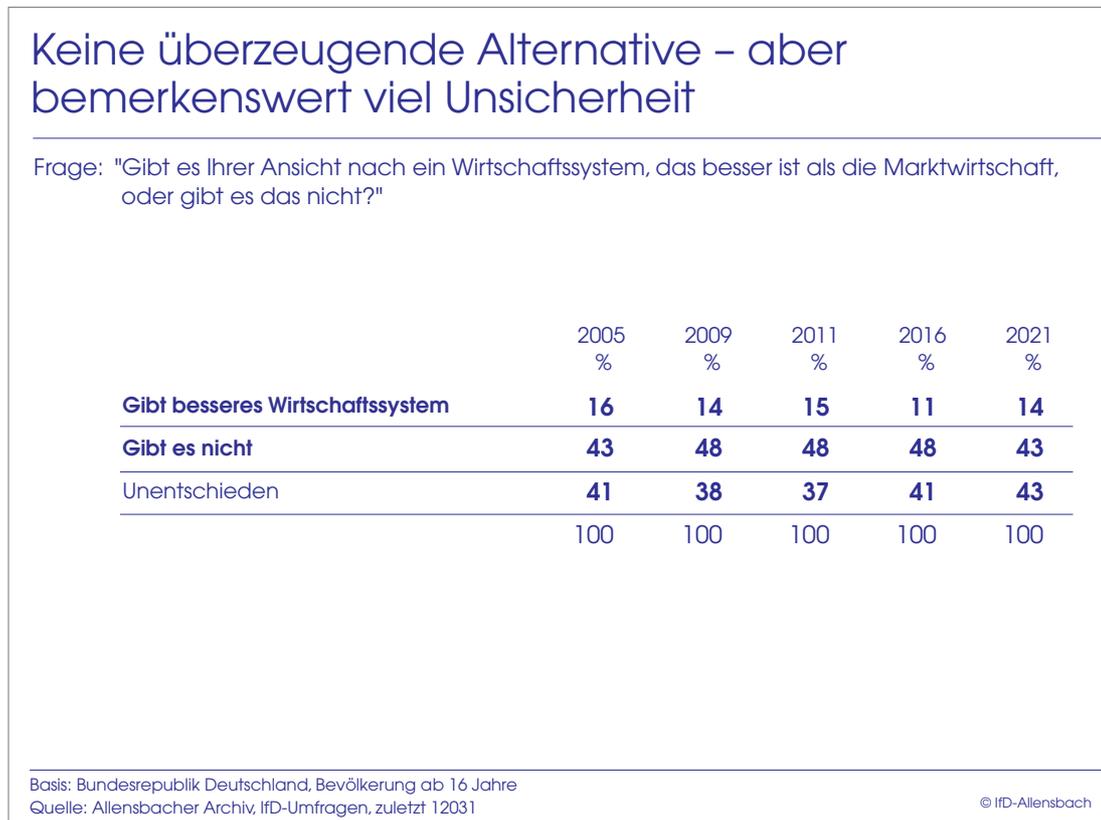
Schaubild 9



Eine überzeugende Alternative zur Marktwirtschaft sieht die überwältigende Mehrheit der Bürger nicht. Der Anteil derjenigen, die davon ausgehen, dass ein anderes Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft überlegen ist, schwankt seit vielen Jahren in der engen Bandbreite zwischen 11 und 16 Prozent und liegt zurzeit bei 14 Prozent. Das bedeutet allerdings nicht, dass die überwältigende Mehrheit vom Gegenteil überzeugt ist. 43 Prozent sind überzeugt, dass es kein System gibt, das der Marktwirtschaft überlegen ist, ebenso viele sind in dieser Frage unentschieden. Auch dieser hohe Anteil an Unentschiedenen ist nicht neu, sondern seit vielen Jahren zu beobachten. Besonders groß ist die Unsicherheit wieder in Ostdeutschland: Hier trauen sich 51 Prozent kein Urteil zu, ob es ein Wirtschaftssystem gibt, das der

Marktwirtschaft überlegen ist. 18 Prozent gehen davon aus, dass es eine überlegene Alternative gibt, nur 31 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

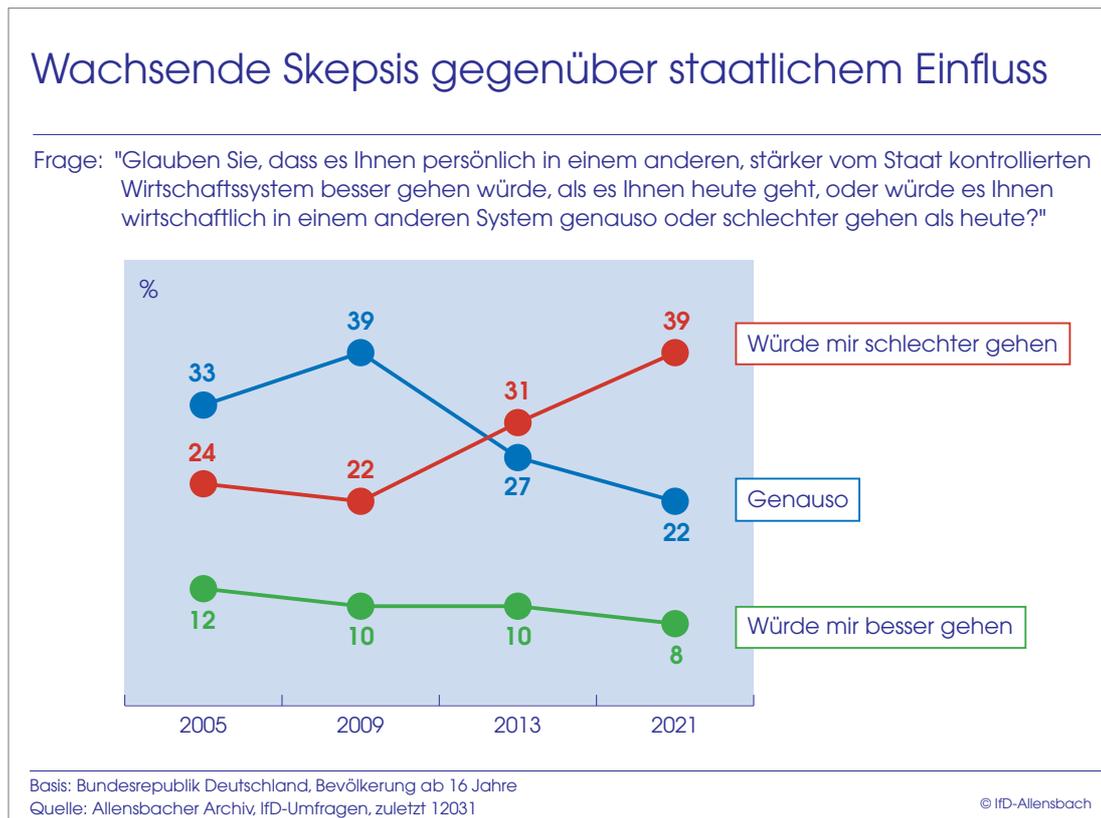
Schaubild 10



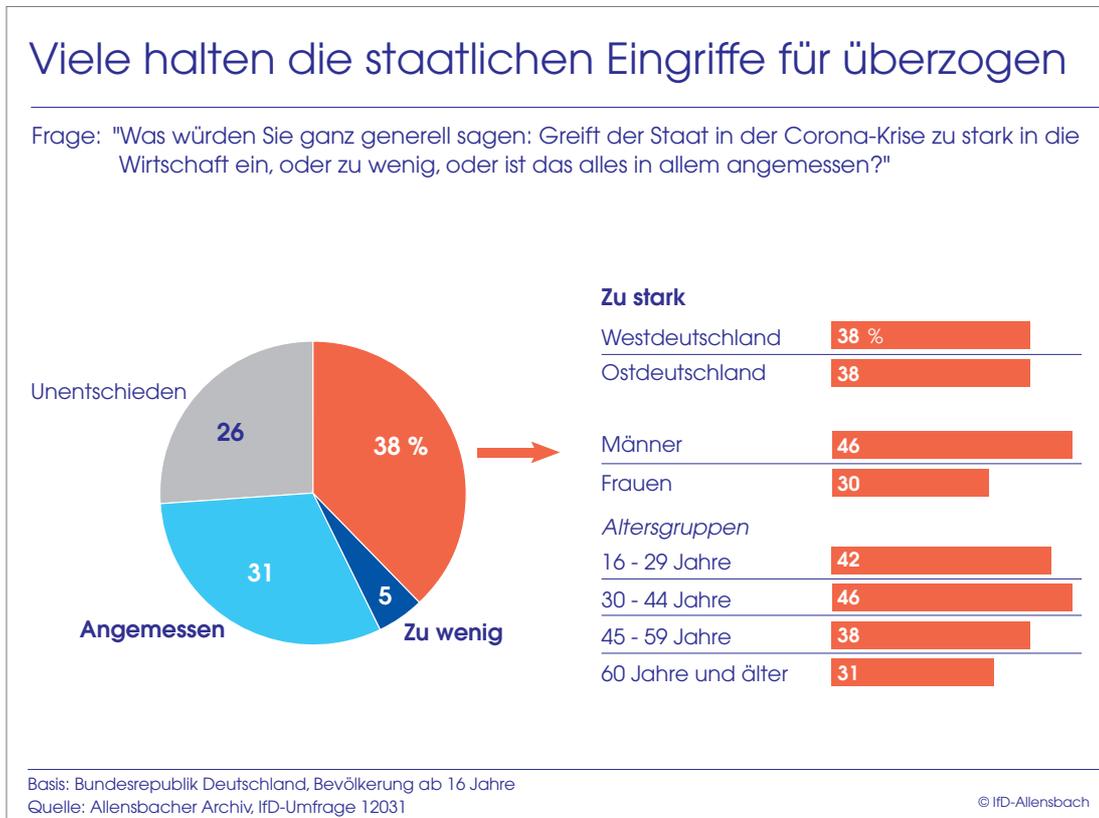
In einer Hinsicht gibt es jedoch einen klaren Trend: Die Bürger versprechen sich immer weniger von stärkeren Eingriffen des Staates in die Wirtschaft. Vor gut zehn Jahren überwog noch die Einschätzung, dass ein stärker vom Staat kontrolliertes Wirtschaftssystem keine Nachteile mit sich bringen würde oder sogar Vorteile für die eigene wirtschaftliche Situation. 2009 waren 39 Prozent der Bürger überzeugt, dass stärkere Eingriffe des Staates in die Wirtschaft ihre persönliche Situation nicht tangieren würden; weitere 10 Prozent gingen sogar davon aus, dass es ihnen dann besser gehen würde. Seither ist die Zuversicht, dass stärkere staatliche Eingriffe in die Wirtschaft die eigene wirtschaftliche Situation nicht tangieren oder sogar positiv beeinflussen würden, sukzessive erodiert. Aktuell sind nur noch 22 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es ihnen in einem solchen System genauso gut gehen

würde; 8 Prozent glauben an eine Verbesserung ihrer Lage. Dagegen ist der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass er durch einen größeren Staatseinfluss direkte Nachteile hätte, seit 2009 von 22 auf 39 Prozent angestiegen.

Schaubild 11



Ein beträchtlicher Teil hadert auch mit den aktuellen Eingriffen des Staates in die Wirtschaft. Während die Hilfsprogramme von der großen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet werden, sehen knapp 4 von 10 Bürgern die derzeitige Regulierung der Wirtschaft, die ja für einige Branchen weitgehend einem Berufsverbot gleichkommt, mit Skepsis. Überdurchschnittlich kritisch äußern sich hier Männer und die unter 45-jährige Bevölkerung. 31 Prozent bewerten die derzeitigen staatlichen Eingriffe als angemessen, lediglich 5 Prozent als zu zurückhaltend.

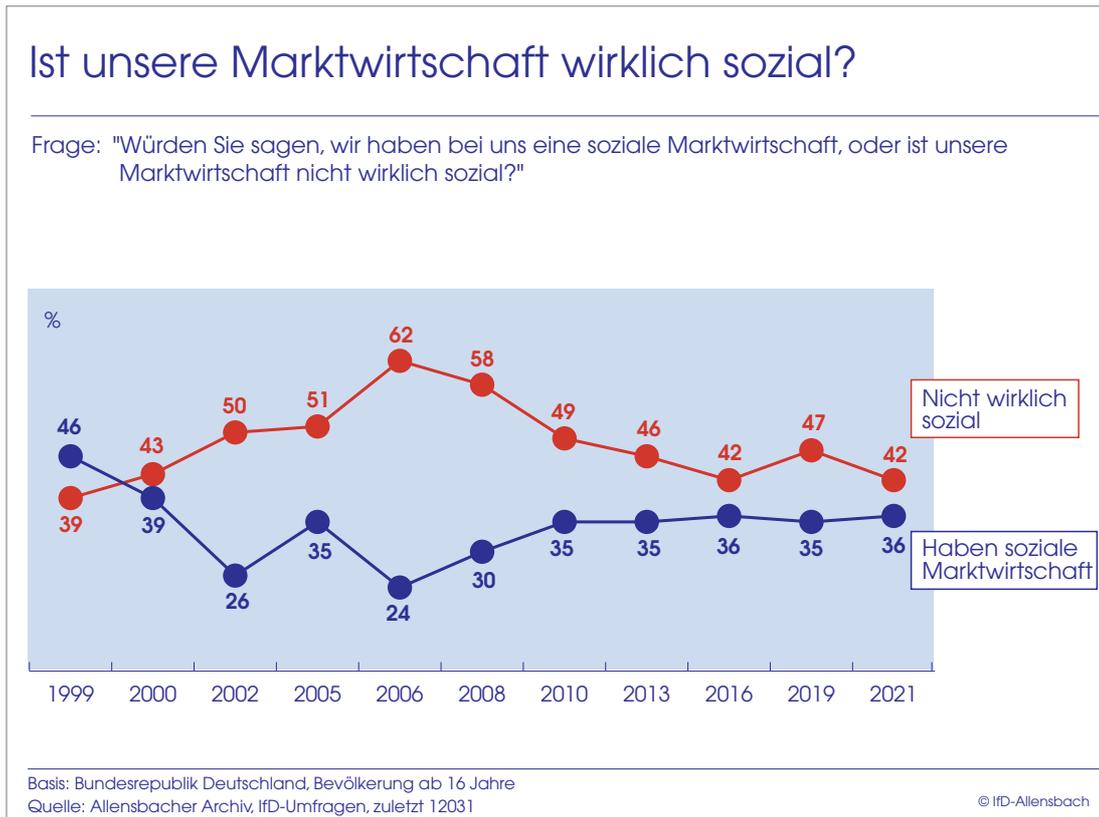


Bei der sozialen Marktwirtschaft steht für die Bürger das Soziale im Vordergrund

Auch wenn die Mehrheit das Wirtschaftssystem positiv beurteilt, ist nur eine Minderheit überzeugt, dass es den Anspruch einer sozialen Marktwirtschaft erfüllt. Gerade einmal 36 Prozent der Bürger attestieren diesem Land eine soziale Marktwirtschaft, 42 Prozent sind dagegen überzeugt, dass Deutschland zwar eine Marktwirtschaft hat, aber keine soziale Marktwirtschaft. In den letzten gut 20 Jahren überwog nur einmal die Einschätzung, dass das deutsche Wirtschaftssystem das Prädikat sozial verdient, am Ende der 90er Jahre. Damals sahen 46 Prozent in dem deutschen Wirtschaftssystem eine soziale Marktwirtschaft, 39 Prozent widersprachen. Seither überwiegt die Überzeugung, dass das deutsche Wirtschaftssystem nicht wirklich sozial ist; diese Position wird heute allerdings signifikant weniger vertreten

als in der Phase zwischen 2002 und 2010. Zwischen 2000 und 2006 wuchs die Kritik, das deutsche Wirtschaftssystem sei nicht wirklich sozial, von 43 auf 62 Prozent und hat sich seitdem langsam, aber nahezu kontinuierlich zurückgebildet und dem Meinungsbild zur Jahrtausendwende angenähert.

Schaubild 13



Die Vorstellungen, was eine soziale Marktwirtschaft ausmacht, zeigen allerdings eine klare Dominanz des Sozialen, während die marktwirtschaftlichen Elemente und die Erfolge dieses Wirtschaftssystems eine eher untergeordnete Rolle spielen. Eine soziale Marktwirtschaft beinhaltet für die Bürger vor allem die soziale Absicherung, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, sichere Arbeitsplätze, Gewerkschaften, die sich wirksam für die Rechte von Arbeitnehmern einsetzen, Unternehmen, die soziale Verantwortung übernehmen, Chancengerechtigkeit und staatliche Stützungsmaßnahmen für Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten. Für 76 Prozent der

Bürger kennzeichnet eine soziale Marktwirtschaft vor allem die soziale Absicherung, für 74 Prozent faire Arbeitsbedingungen und Löhne, für 69 Prozent sichere Arbeitsplätze und für 60 Prozent Unternehmen, die soziale Verantwortung übernehmen.

Weitaus niedriger rangieren dagegen Wohlstand und Wirtschaftswachstum, unternehmerische Freiheit und Eigeninitiative sowie ein begrenzter Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Obwohl die Bürger zunehmend staatliche Eingriffe in die Wirtschaft kritisch sehen, zählen nur 32 Prozent einen begrenzten staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft zu den konstituierenden Elementen einer sozialen Marktwirtschaft. 33 Prozent messen der Eigeninitiative im Konzept der sozialen Marktwirtschaft große Bedeutung bei, 36 Prozent der unternehmerischen Freiheit, 44 Prozent dem "Wohlstand für alle". Soziale und wirtschaftliche Aspekte sind in diesem Bild von sozialer Marktwirtschaft nicht in der Balance. Das zeigt besonders die völlig unterschiedliche Bedeutung, die der sozialen Absicherung im Verhältnis zu unternehmerischer Freiheit und zur Eigeninitiative beigemessen wird, ohne die ein Wirtschaftssystem kaum florieren und eine gute soziale Absicherung finanzieren kann.

## Was macht eine soziale Marktwirtschaft aus?

Frage: "Was meinen Sie: Was macht die soziale Marktwirtschaft vor allem aus, was ist besonders wichtig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

© IfD-Allensbach

Auch die Vorstellungen, was für die Zukunft des Landes besonders wichtig ist, zeigen, dass der sozialen Absicherung weitaus mehr Bedeutung beigemessen wird als wirtschaftlichen Faktoren wie guten Standortbedingungen für Unternehmen oder eine gute Verkehrs- und Energieinfrastruktur. So halten es 65 Prozent der Bürger für die Zukunft des Landes für besonders wichtig, dass Deutschland seinen Standard an sozialer Absicherung erhält; dagegen messen nur 45 Prozent guten Standortbedingungen für Unternehmen ähnlich große Bedeutung bei und noch weniger Verbesserungen der Verkehrs- und Energieinfrastruktur. Angesichts der hohen Anforderungen an eine soziale Absicherung und generell an Sicherheit, an Gerechtigkeit und Fairness kann kaum überraschen, dass Zweifel, ob das Wirtschaftssystem in Deutschland wirklich eine soziale Marktwirtschaft ist, überwiegen. Viele Erwartungen gerade an die soziale Ausrichtung des Wirtschaftssystems, an seine Sicherheitsgarantien, an Gerechtigkeit und Fairness werden nach dem Urteil der großen Mehrheit nicht ausreichend erfüllt. Noch am ehesten attestiert die Bevölkerung dem Wirtschaftssystem eine gute Absicherung der Bürger gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit. 59 Prozent halten dies in Deutschland in ausreichendem Maße für erfüllt, 46 Prozent auch die Forderung nach Gewerkschaften, die sich wirksam für die Rechte der Arbeitnehmer einsetzen. Dagegen fallen die Erwartungen an eine soziale Marktwirtschaft und die Bewertung des Wirtschaftssystems in Deutschland weit auseinander, wenn es um die Sicherheit von Arbeitsplätzen geht, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, Chancengerechtigkeit, die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen und eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. 74 Prozent halten faire Arbeitsbedingungen und Löhne in einer sozialen Marktwirtschaft für besonders wichtig, 24 Prozent sehen diese Anforderungen in ausreichendem Maße verwirklicht; 69 Prozent halten möglichst viele sichere Arbeitsplätze für ein wesentliches Kriterium, um einer Marktwirtschaft das Prädikat sozial zuzubilligen, nur 20 Prozent halten diese Anforderung für weitgehend erfüllt. 60 Prozent erwarten die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen, 13 Prozent attestieren sie der deutschen Wirtschaft; ähnlich groß ist die Diskrepanz zwischen den Erwartungen und der Bewertung der Realität bei Chancengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und bei gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Dagegen stimmen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und unternehmerische Freiheit die Erwartungen an die soziale Marktwirtschaft und der Eindruck, dass dies in Deutschland weitgehend erfüllt ist, fast völlig überein: 36 Prozent halten unternehmerische Freiheit einer sozialen Marktwirtschaft für wesentlich, 39 Prozent halten sie für weitgehend erfüllt. Wirtschaftswachstum halten 41 Prozent für eine wesentliche Facette einer sozialen Marktwirtschaft, 37 Prozent halten sie für ausreichend erfüllt. Dagegen fallen Anforderungen und Einschätzung der Realität auch bei Eigeninitiative, begrenztem Einfluss des Staates auf die Wirtschaft und allgemeinem Wohlstand deutlich weiter auseinander.

Schaubild 15

## Was macht eine soziale Marktwirtschaft aus?

Frage: "Was meinen Sie: Was macht die soziale Marktwirtschaft vor allem aus, was ist besonders wichtig?"

● Davon halten in Deutschland für ausreichend erfüllt

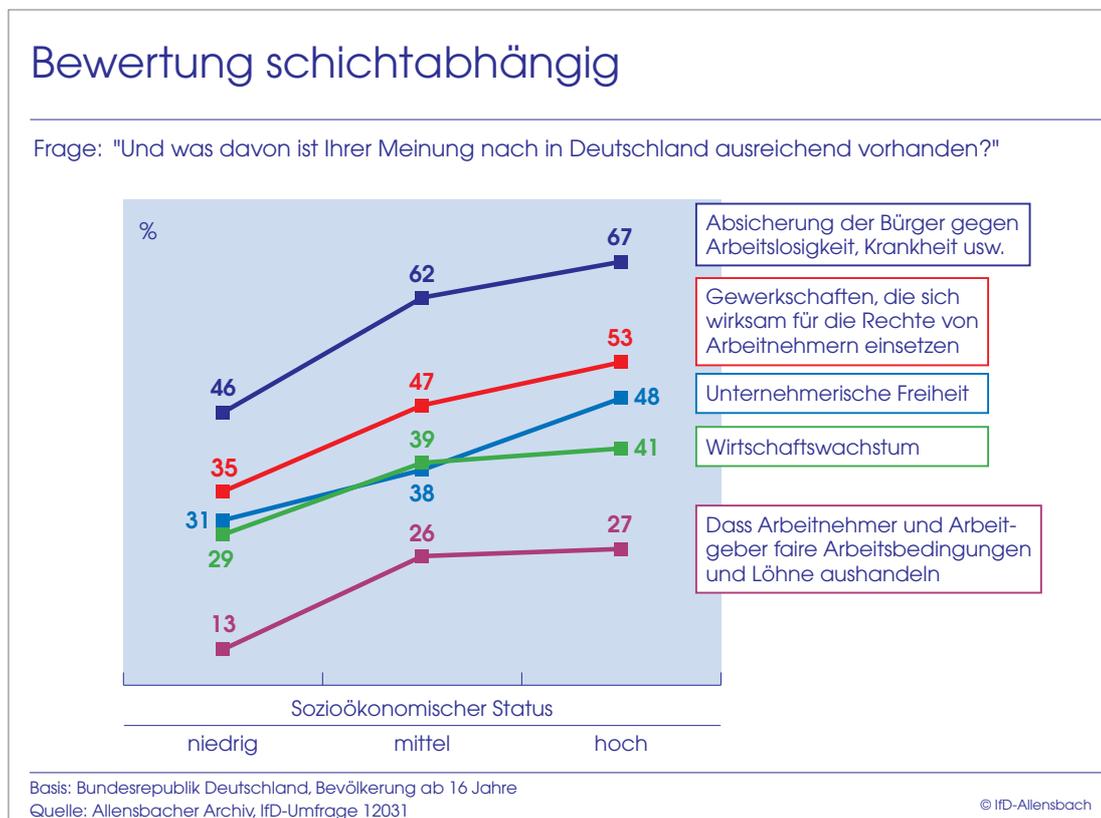


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12031

© IfD-Allensbach

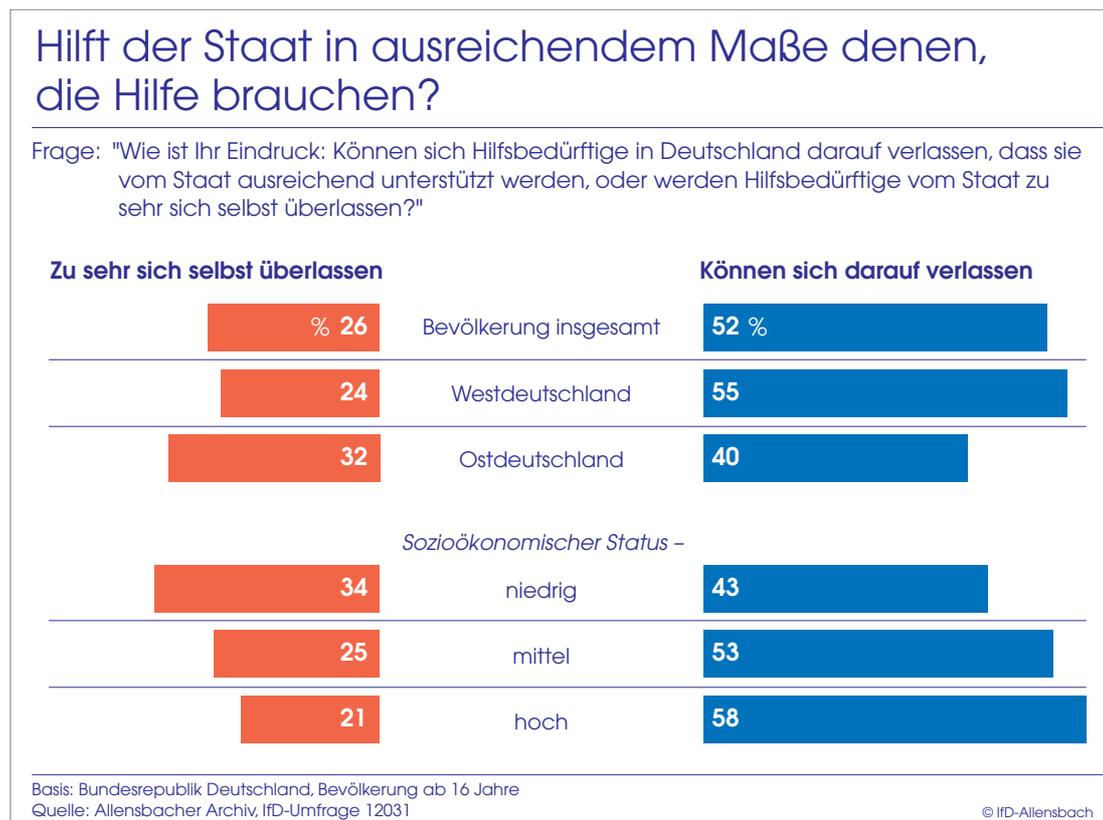
Auch hier zeigt sich, wie sehr die eigene Lage das Urteil über die Situation im Land prägt. Die mittleren und höheren Schichten sehen wesentlich mehr Anforderungen als erfüllt an als die schwächeren sozialen Schichten, die rund 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das gilt insbesondere für die soziale Absicherung der Bürger, eine wirksame Vertretung der Rechte von Arbeitnehmern, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, aber auch unternehmerische Freiheit und Wirtschaftswachstum. So halten 67 Prozent der höheren sozialen Schichten die soziale Absicherung der Bürger für ausreichend, auch 62 Prozent der Mittelschicht, aber nur 46 Prozent der schwächeren sozialen Schichten. Von einer wirksamen Interessenvertretung von Arbeitnehmern geht die Mehrheit der höheren sozialen Schichten aus, auch knapp die Hälfte der Mittelschicht, aber nur 35 Prozent der schwächeren sozialen Schichten. Fast durchgängig liegt das Urteil von Mittel- und Oberschicht weitaus näher beieinander als das Urteil der schwächeren sozialen Schichten und der Mittelschicht. Dieses Muster zeigt sich nicht nur in dieser Untersuchung, sondern auch in Studien mit einem völlig anderen Themenfokus wie beispielsweise in Studien zur Gesundheitsorientierung, zum Lebensstil, zur Förderung von Kindern oder zum Interessenspektrum.

Schaubild 16



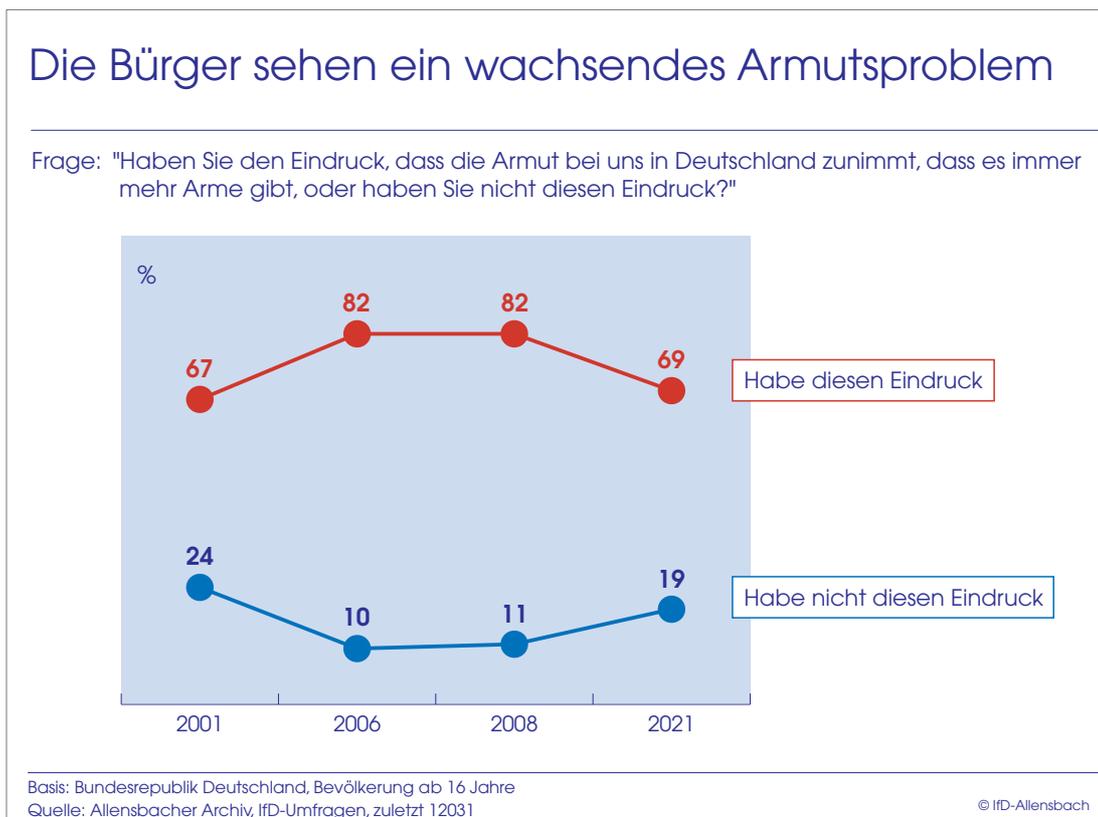
Auch die Frage, ob der Staat den Hilfsbedürftigen im Land in ausreichendem Maße hilft, zeigt deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Schichten. Insgesamt ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass sich Hilfsbedürftige darauf verlassen können, durch den Staat ausreichend unterstützt zu werden; die westdeutsche Bevölkerung geht davon allerdings weitaus mehr aus als die ostdeutsche: 55 Prozent der Westdeutschen, aber nur 40 Prozent der Ostdeutschen attestieren dem Staat eine ausreichende Unterstützung von Hilfsbedürftigen, während 24 Prozent der Westdeutschen und 32 Prozent der Ostdeutschen den Vorwurf erheben, dass Hilfsbedürftige zu sehr sich selbst überlassen werden. Mittel- und Oberschicht sind mehrheitlich überzeugt, dass sich Hilfsbedürftige in Deutschland auf die Unterstützung des Staates verlassen können, während die schwächeren sozialen Schichten hier weitaus mehr Zweifel anmelden.

Schaubild 17



Was die Zahl der ausgeprägt Hilfsbedürftigen angeht, so hat die Mehrheit der Bevölkerung den Eindruck, dass deren Zahl wächst: 69 Prozent sind überzeugt, dass es in Deutschland immer mehr arme Menschen gibt. Diese Einschätzung ist allerdings nicht neu. Seit Jahrzehnten geht die überwältigende Mehrheit der Bürger von einem wachsenden Armutsproblem in Deutschland aus; dies war vor gut zehn Jahren noch mehr der Fall als heute. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass sich die Armutsdefinition der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert hat. Vor 20 Jahren war für die Mehrheit jemand arm, der seinen Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten kann, sondern nur mit staatlicher Unterstützung. Seither hat sich der Armutsbegriff der Bevölkerung grundlegend verändert. Die Armutsdefinition der Bürger schließt heute auch diejenigen ein, die nach Begleichen aller notwendigen Ausgaben keinerlei finanzielle Spielräume mehr haben.

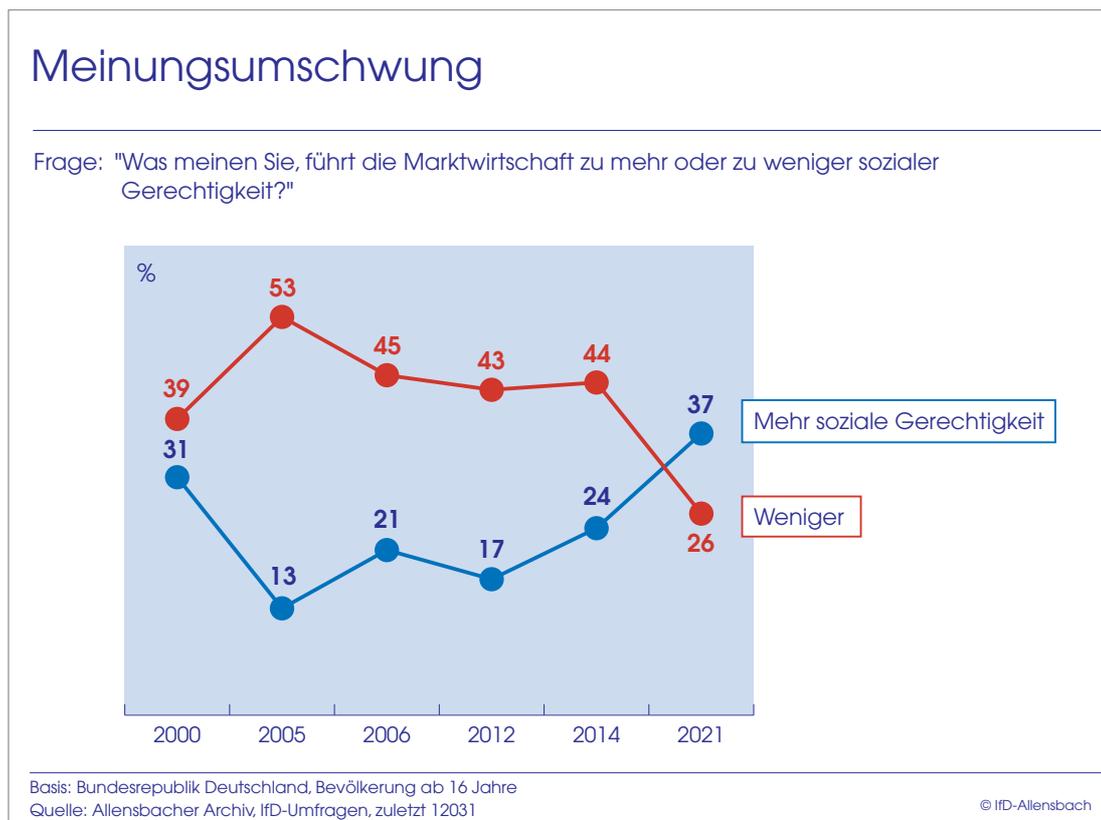
Schaubild 18



## Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit: bemerkenswerter Meinungsumschwung

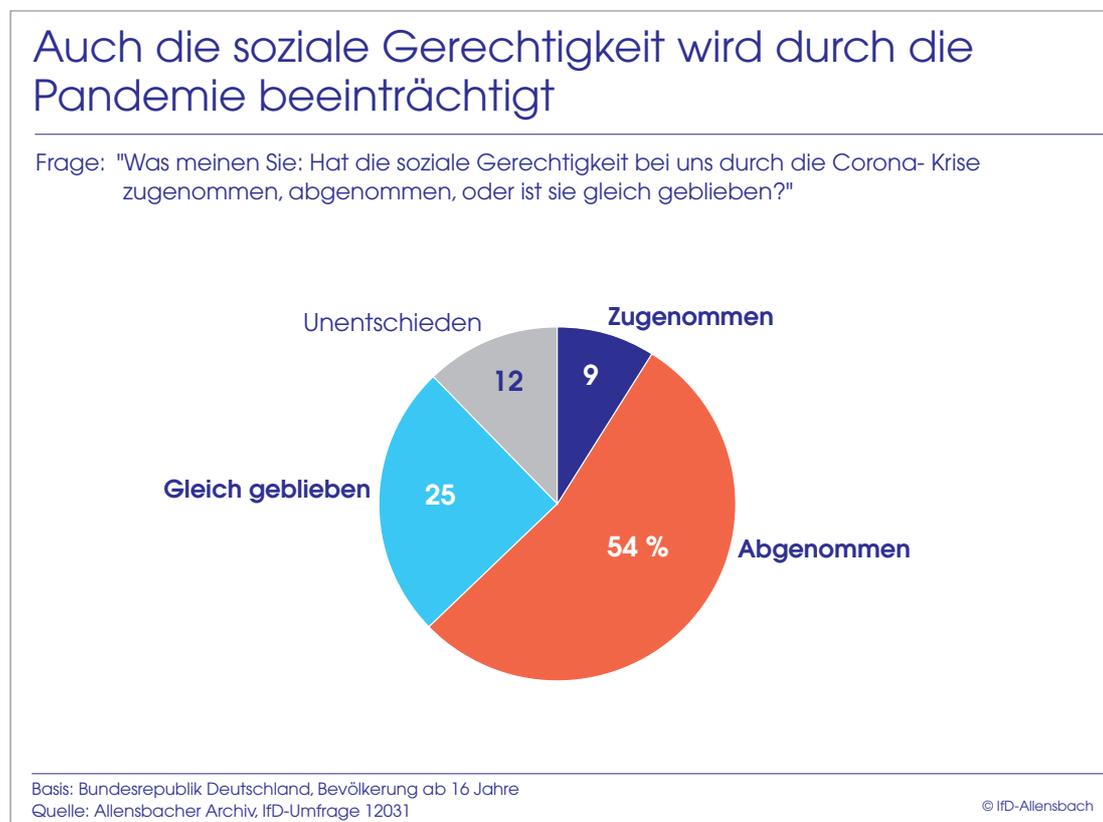
Seit Längerem dominierte die Überzeugung, dass Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit ein Spannungsfeld bilden. Besonders ausgeprägt war diese Auffassung nach der Phase der Wachstumsschwäche 2005, als 53 Prozent der Bürger überzeugt waren, dass Marktwirtschaft automatisch zu weniger sozialer Gerechtigkeit führt. Danach ging diese Überzeugung zwar tendenziell zurück, dominierte jedoch nach wie vor. In den letzten Jahren ist das Meinungsbild umgeschlagen: Eine relative Mehrheit ist heute überzeugt, dass die Marktwirtschaft eher zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während nur noch 26 Prozent davon ausgehen, dass eine Marktwirtschaft automatisch die soziale Gerechtigkeit vermindert. Zu diesem bemerkenswerten Stimmungswandel dürfte die bis zum Ausbruch der Pandemie ausgesprochen positive wirtschaftliche Entwicklung beigetragen haben.

Schaubild 19



Die Mehrheit ist allerdings überzeugt, dass die Pandemie auch in Bezug auf soziale Gerechtigkeit einen Rückschlag gebracht hat. So gehen 54 Prozent davon aus, dass die soziale Gerechtigkeit durch die Corona-Krise abgenommen hat, während nur 9 Prozent an eine positive Auswirkung der Krise glauben. Jeder Vierte geht davon aus, dass die Krise keine nennenswerte Auswirkung auf die soziale Struktur und die soziale Gerechtigkeit hat. Diese Bilanz der Bürger kann nicht überraschen, berücksichtigt man, dass die überwältigende Mehrheit davon ausgeht, dass die sozialen Unterschiede durch die Krise vergrößert wurden, was in Teilen auch durchaus der Fall ist.

Schaubild 20



Abgesehen von den unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie ziehen die Bürger jedoch eine bessere Bilanz als noch vor einigen Jahren. Das gilt für die generelle Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit wie auch für die Einschätzung der Verteilung von Einkommen und Vermögen. 1998 wurde ein Wahlkampf mit Kritik an der Gerechtigkeitslücke geführt und gewonnen. Zu diesem Zeitpunkt waren 60 Prozent

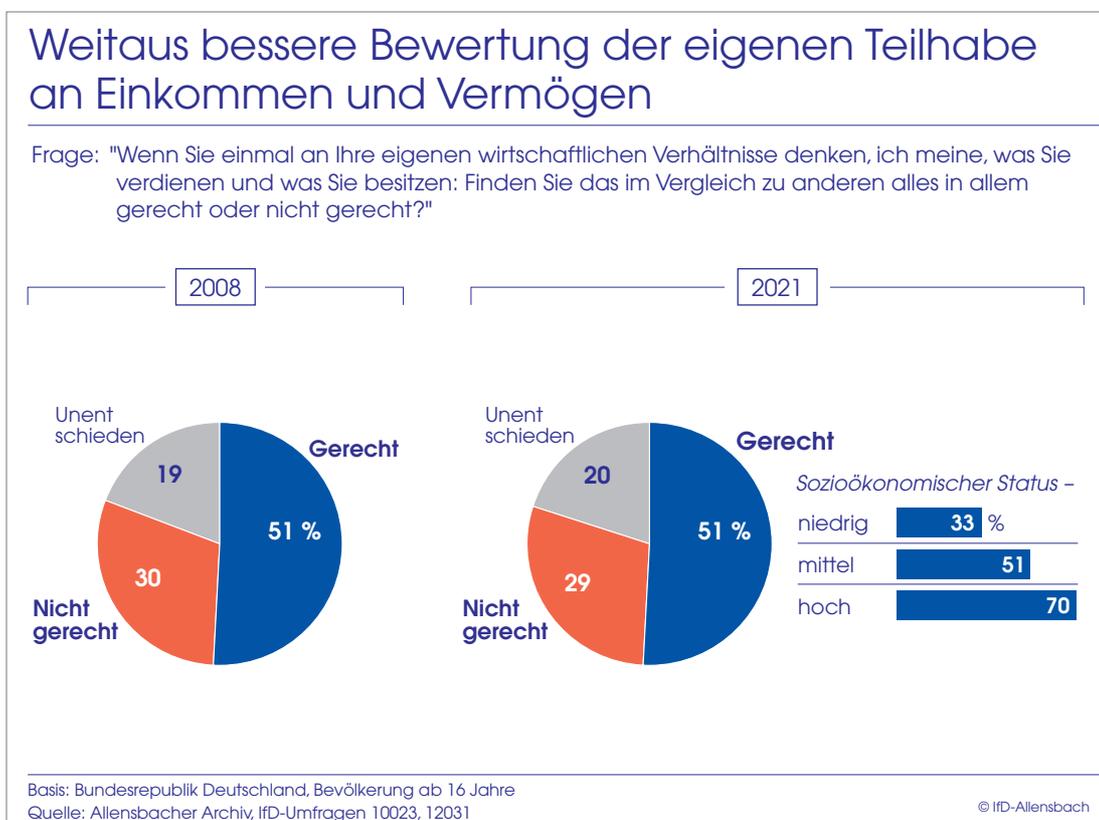
der Bevölkerung überzeugt, dass Einkommen und Vermögen in Deutschland nicht gerecht verteilt sind. In den Jahren danach ging diese Überzeugung zunächst steil auf 47 Prozent zurück, stieg jedoch danach wieder bis auf 75 Prozent an. Dieser Höhepunkt wurde während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008 erreicht. Auch danach unterlag die Einschätzung, ob Einkommen und Vermögen in Deutschland gerecht verteilt sind, starken Schwankungen. Aktuell üben 55 Prozent der Bevölkerung Kritik an der Gerechtigkeitslücke; das sind 10 Prozentpunkte weniger als vor vier Jahren. Nicht nur die Generationen, sondern auch die sozialen Schichten sind sich in dieser Frage weitgehend einig, nicht jedoch West- und Ostdeutschland. Während in Westdeutschland 52 Prozent der Bürger eine Gerechtigkeitslücke diagnostizieren, tun dies 68 Prozent der Ostdeutschen.

Schaubild 21

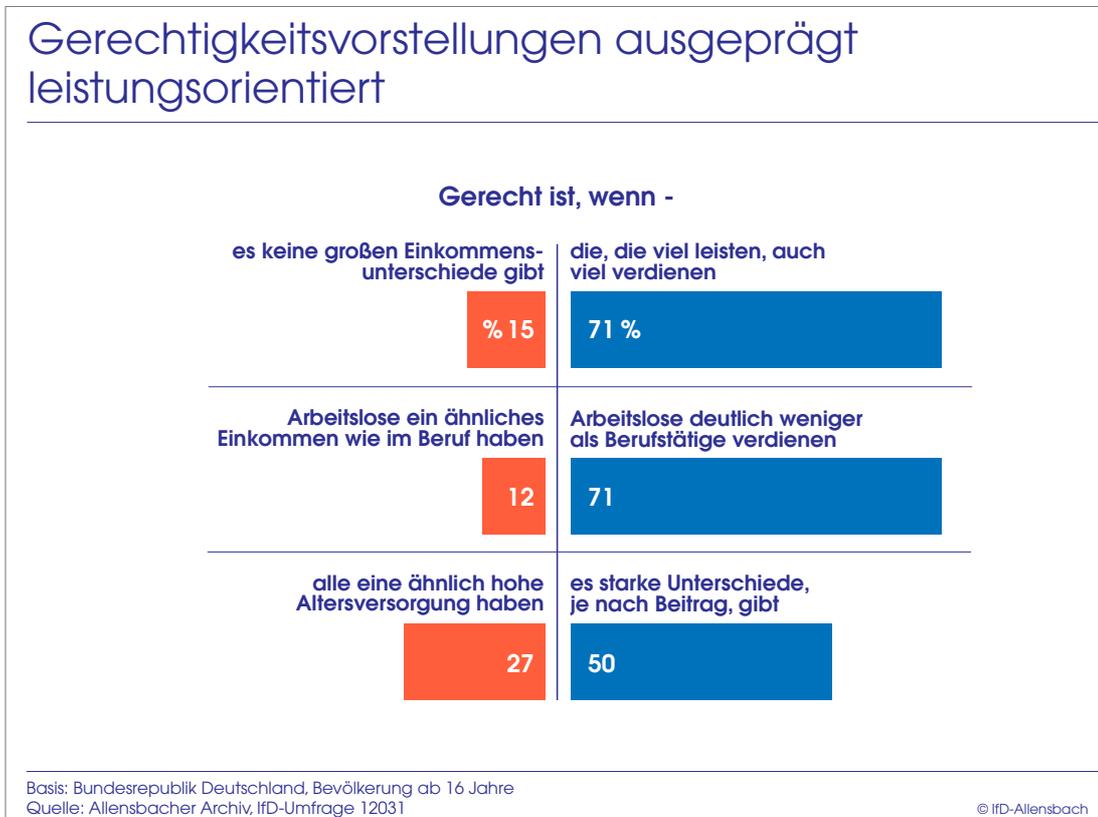


Die Gesamtsituation wird wesentlich kritischer bewertet als die eigene Teilhabe an Einkommen und Vermögen. In Bezug auf die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse ziehen 51 Prozent der Bevölkerung die Bilanz, dass das, was sie verdienen und besitzen, im Vergleich zu anderen durchaus gerecht ist. Bei dieser positiven Bilanz gibt es über die Jahrzehnte hinweg auch kaum Schwankungen. Auch 2008, als die Überzeugung steil anstieg, dass es in Deutschland bei der Einkommens- und Vermögensverteilung eine gravierende Gerechtigkeitslücke gibt, waren gleichzeitig 51 Prozent mit ihrer eigenen Situation durchaus zufrieden. Damals fühlten sich 30 Prozent benachteiligt, aktuell 29 Prozent. Bei diesem Urteil zeigt sich allerdings ein gravierender Schichteinfluss. Während die gesamtgesellschaftliche "Gerechtigkeitslücke" quer durch alle Schichten ähnlich bewertet wird, haben die Mittel- und insbesondere die Oberschicht weitaus mehr als die schwächeren sozialen Schichten den Eindruck, dass ihre Teilhabe an den Einkommen und Vermögen in Deutschland gerecht ist. 70 Prozent der höheren sozialen Schichten ziehen diese Bilanz, 51 Prozent der Mittelschicht, aber nur 33 Prozent der einfachen sozialen Schichten.

Schaubild 22



Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung haben eine ausgeprägt leistungsorientierte Komponente, die teilweise unterschätzt wird. Soziale Gerechtigkeit wird oft mit egalitären Zielen assoziiert ausgehend von dem Leitgedanken, dass eine Verringerung sozialer Unterschiede automatisch der sozialen Gerechtigkeit dient. Der überwältigenden Mehrheit der Bürger ist zwar eine Verringerung sozialer Unterschiede ein wichtiges Anliegen; gleichzeitig entsprechen jedoch begründete Differenzierungen in hohem Maße den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung. So hält es die überwältigende Mehrheit für gerecht, wenn überdurchschnittliche Leistung mit überdurchschnittlichem Verdienst honoriert wird; dagegen halten es nur 15 Prozent für gerecht, wenn es keine großen Einkommensunterschiede gibt. Genauso legt die Bevölkerung ganz ausgeprägt Wert auf eine klare Differenzierung zwischen Arbeits- und Transfereinkommen. 71 Prozent halten es für gerecht, wenn Arbeitslose deutlich weniger verdienen als Berufstätige, während nur 12 Prozent eine weitgehende Angleichung befürworten. In Bezug auf die Bemessung der Alterseinkünfte haben egalitäre Konzepte zwar einen größeren Rückhalt als bei der Gestaltung von Erwerbseinkommen, aber auch hier überwiegt klar die Forderung nach Differenzierung: 27 Prozent halten es für gerecht, wenn es bei den Alterseinkünften keine gravierenden Unterschiede gibt, 50 Prozent halten dagegen größere Unterschiede für gerechter, abhängig von den geleisteten Beiträgen.

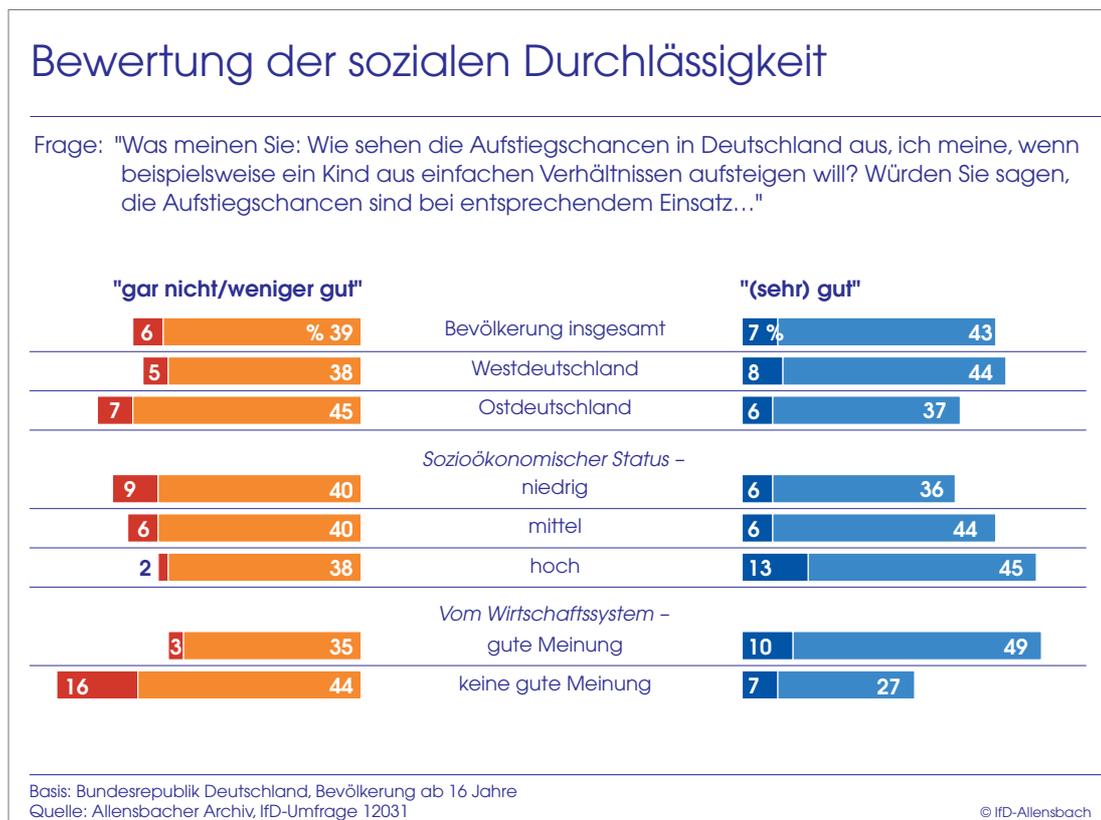


Chancengerechtigkeit: viele sehen hier noch Defizite

Einer der wichtigsten Aspekte von sozialer Gerechtigkeit trifft die Durchlässigkeit der Gesellschaft, die Aufstiegschancen von Kindern aus schwächeren sozialen Verhältnissen. Hier ist die Bevölkerung völlig gespalten, wie es um diese Aufstiegschancen steht. Die Hälfte der Bevölkerung hält diese Chancen für gut oder sehr gut, 45 Prozent sehen die Situation kritisch. Ostdeutschland ist hier skeptischer als Westdeutschland, die einfachen sozialen Schichten deutlich skeptischer als die mittleren und höheren Schichten. In den höheren Sozialschichten gehen 58 Prozent davon aus, dass die Gesellschaft in Deutschland ausreichend durchlässig ist und es für Kinder aus einfachen Verhältnissen gute Aufstiegschancen gibt, in den schwächeren sozialen Schichten glauben dies dagegen nur 42 Prozent. Interessant ist, wie eng diese

Einschätzung mit der Grundhaltung zum deutschen Wirtschaftssystem zusammenhängt. Diejenigen, die das Wirtschaftssystem positiv bewerten, sind mit klarer Mehrheit von guten Aufstiegschancen überzeugt, diejenigen, die das Wirtschaftssystem kritisch sehen, dagegen mit ebenso klarer Mehrheit von einer unzureichenden Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft.

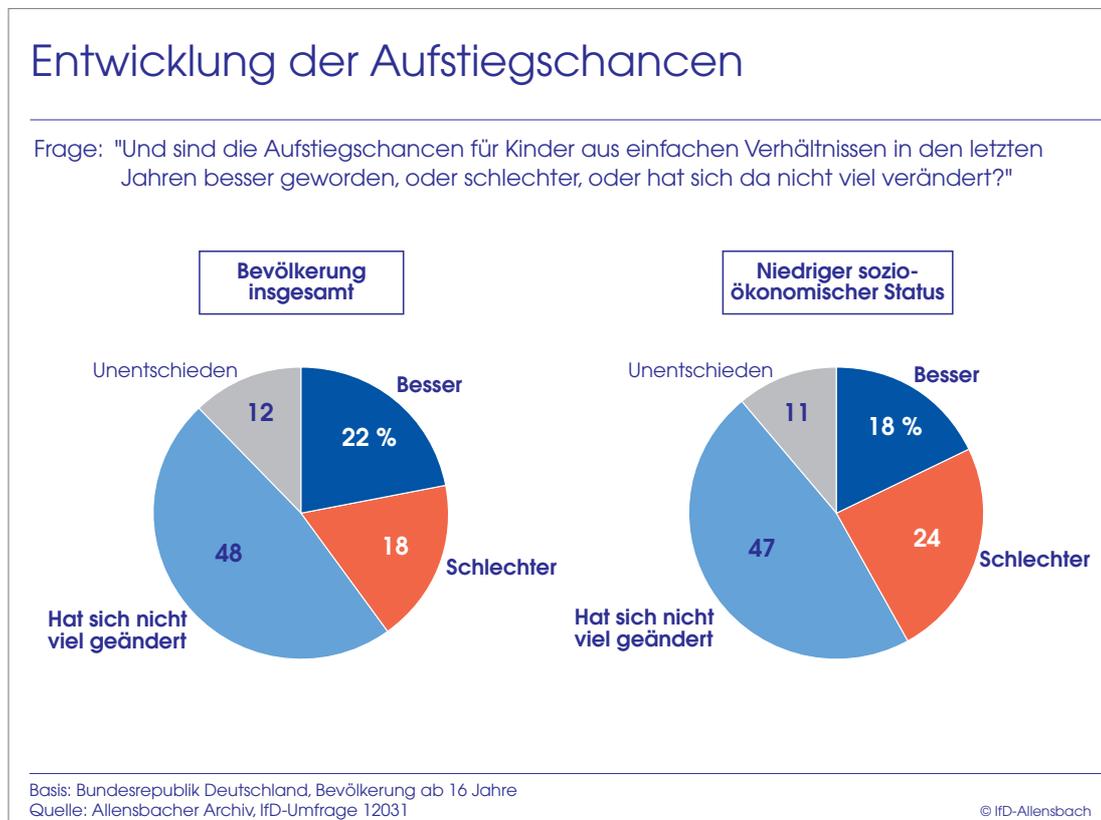
Schaubild 24



In einem Punkt ist sich die große Mehrheit einig, nämlich dass es bei der Verbesserung der Aufstiegschancen für Kinder aus einfachen Verhältnissen in den letzten Jahren keine nennenswerten Fortschritte gegeben hat. Lediglich 22 Prozent der Bevölkerung sehen hier Fortschritte, 18 Prozent dagegen eine Verschlechterung; knapp die Hälfte der Bürger kann hier weder Fortschritte noch Rückschritte erkennen. In den schwächeren sozialen Schichten fällt die Bilanz tendenziell kritischer, aber insgesamt ähnlich aus. Nach wie vor zeigen Untersuchungen allerdings sehr deutlich, dass die

Schulkarrieren von Kindern unbefriedigend eng mit dem Bildungshintergrund des Elternhauses korrelieren. Kinder aus den mittleren und höheren Schichten erfahren im Durchschnitt auch wesentlich mehr Förderung als Kinder aus den schwächeren sozialen Schichten. Die Pandemie hat hier die Unterschiede eindeutig vergrößert, da die Schulen und Betreuungseinrichtungen weitaus weniger als in normalen Zeiten einen Ausgleich für unterschiedliche Bedingungen im Elternhaus schaffen konnten.

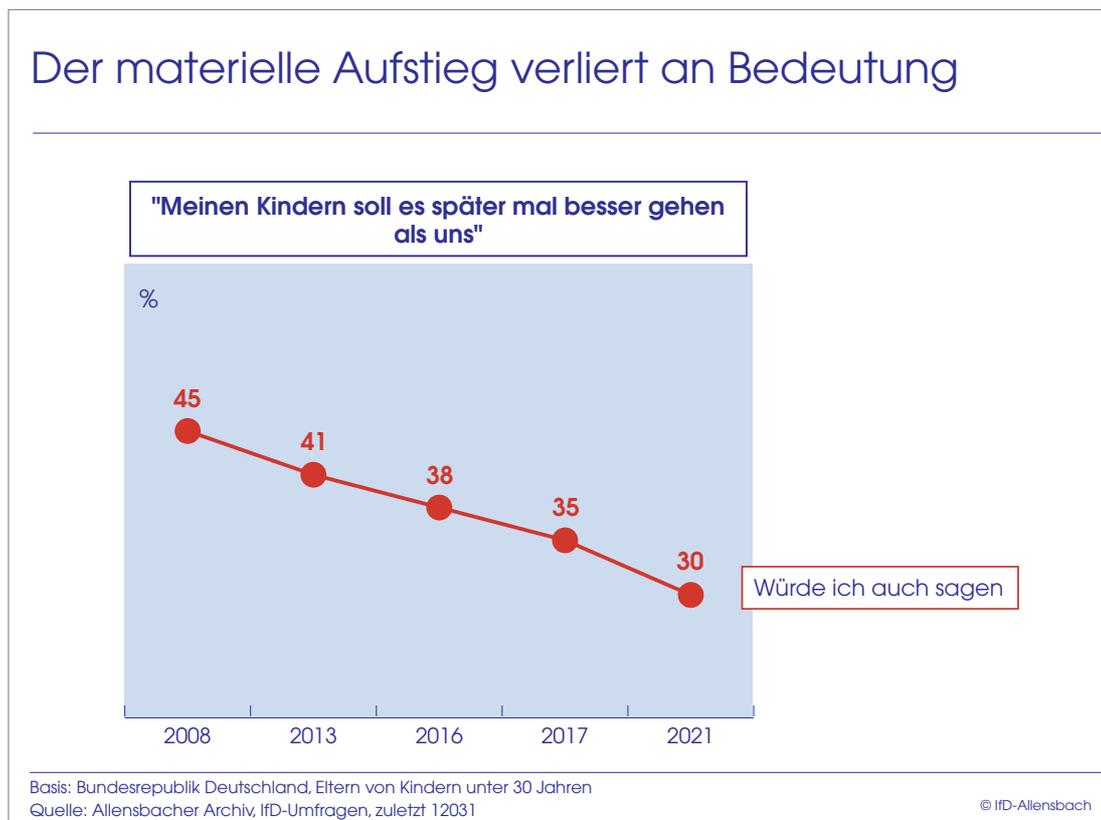
Schaubild 25



Der rein materielle Aufstieg verliert allerdings in einer Gesellschaft, die von einem hohen Wohlstandsniveau gekennzeichnet ist, immer mehr an Bedeutung. Noch vor gut 10 Jahren war es für Eltern von Kindern ein wichtiges Ziel, dass es ihren Kindern später einmal besser gehen sollte als ihnen selbst. 2008 war das noch knapp der Hälfte der Eltern wichtig, fünf Jahre später noch 41 Prozent, jetzt 30 Prozent. Dieser Trend geht vor allem auf die Mittelschicht zurück, wo mittlerweile die große Mehrheit

zufrieden ist, wenn es ihren Kindern später genauso geht wie ihnen selbst. In den schwächeren sozialen Schichten wünscht sich jedoch knapp die Hälfte der Eltern nach wie vor für ihre Kinder ein besseres Leben; immerhin 39 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten wären jedoch auch zufrieden, wenn ihre Kinder den Lebensstandard halten können.

Schaubild 26



Auch wenn viele Eltern hier ihre Ambitionen zurückstecken und dem materiellen und sozialen Aufstieg ihrer Kinder weniger Bedeutung beimessen, als dies noch vor 10 oder 15 Jahren der Fall war, bleibt die Herausforderung, die Chancengerechtigkeit quer durch alle sozialen Schichten zu verbessern.

Allensbach am Bodensee,  
am 29. März 2021

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH